

Verwaltung soll bürgerfreundlich handeln

Der Streit um eine Grundstückszufahrt über den Radweg zwischen Riedenweg und Holthausstraße wäre bei besserer Öffentlichkeitsbeteiligung verhindert worden, so das Fazit der SPD-Politiker Andrej Stölting, Jan Pille und Matthias Windhaus nach einer Besichtigung vor Ort. Die Planung einer Zufahrt über den rückwärtigen Bereich von einer anderen Straße aus hätte im Sinne bürgerfreundlichen Handelns sowohl mit den Anliegern besprochen als auch im Fachausschuss beraten werden sollen. „Wenn von der gängigen Praxis abgewichen werden soll, gehört der Sachverhalt unserer Meinung nach in die öffentliche Beratung, um Fragen im Vorfeld zu klären und genau diese nun aufgetretenen Missverständnisse auszuschließen“, so Andrej Stölting. Nun gilt es gemeinsam mit den Beteiligten in einer Versammlung eine vernünftige und für alle tragbare Lösung zu finden. Beide Varianten, ob von der Holthausstraße oder über den Riedenweg, müssen für das Finden eines Kompromisses diskutiert werden. Zum einen im Interesse der Sicherheit der Benutzer des Radweges, zum anderen auch im Interesse der bauwilligen Familie, die ohne ihr Zutun nun zwischen die Fronten geraten ist. „Eine Zufahrt nur über den bestehenden Radweg kommt aus unserer Sicht nicht in Betracht. Dieser ist zu schmal, daher wird weitere Fläche benötigt. Auf jeden Fall sollte jetzt auch der Ausbau des Riedenweges in die Planungen miteinbezogen werden“, so die SPD-Politiker.